

Goldetat des Jahres 1924.

Übersicht für die Sachverständigen.

Die Reichsregierung hat für die Beratungen der Sachverständigen eine umfangreiche Denkschrift zusammengestellt, die Material für das Studium von Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen enthält.

Nach dieser Denkschrift werden ordentliche Einnahmen in der Höhe von 5,124 Milliarden Rentenmark vorgesehen und ordentliche Ausgaben in der Höhe von 4,942 Milliarden Rentenmark, so daß der ordentliche Etat einen Überschuß von 182 Millionen ergeben würde. Der Zuschußbedarf, der in der letzten Novemberbedafte noch täglich 30 Millionen Goldmark betrug, ist in der letzten Dezemberbedafte auf knapp 11 Millionen Goldmark zurückgegangen. Der Gesamtzuschußbedarf für die Zeit vom 16. November bis zum 31. Dezember 1923 betrug 670 Millionen Goldmark. Er ist gedeckt worden durch die Kredite des Reiches bei der Rentenbank.

Die Schätzung der Einnahmen geht davon aus, daß die Wirtschaftseinheit im besetzten und unbesetzten Gebiet im vollen Umfang wiederhergestellt wird, daß die Verwaltungs- und Steuerhoheit des Reiches und der beteiligten Länder in den besetzten Gebieten wieder besteht, und daß die nach den allgemeinen Reichs- und Landesgesetzen dort zu erhebenden Abgaben den öffentlichen Reichs- und Landesverwaltungen zuzuführen. Bei Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes würden die Einnahmen rund 150 Millionen Goldmark weniger erbringen, als der Vorschlag angibt.

Werden die Ausgaben, die für die Ausführung des Vertrages von Versailles auszubringen wären in Anschlag gebracht, so ergebe sich ein Fehlbetrag von 638 Millionen Rentenmark.

Politische Rundschau

Dresden, 1. Febr. Regierungsrat Lohse wird mit Ende des Monats Februar aus dem sächsischen Staatsdienst scheidend. Lohse, der bekanntlich vom Justizminister, späteren Ministerpräsidenten Dr. Zeigler zum Kanzlisten zum Justizamtmann befördert ward und trotz seiner von einem parlamentarischen Anzeigungsanspruch freigestellten Unfähigkeit zum Regierungsrat ernannt worden war, hatte, nachdem er als Personalreferent im Justizministerium völlig versagt hatte, seine Anstellung als Gefängnisdirektor erfolglos betrieben. Die ihm angebotene Beförderung nach Gehaltsklasse 6 lehnte er als für einen Regierungsrat unwürdig ab. Sein Ruhegehalt wird jedoch nach dieser Beförderung bemessen. — (Schade um das Geißl)

Volksbegehren.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Arzt hat an das Gesamtministerium des Freistaates Sachsen ein Schreiben gerichtet, in dem er den Nachweis zu führen versucht, daß der Landesarbeitsausschuß der sozialdemokratischen Partei, der den Antrag auf Stattgabe des Volksbegehrens gestellt hat, die Eigenschaft des Vorstandes einer Vereinigung im Sinne des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid besitzt. Er behauptet, es sei völlig belanglos, ob eine Organisationsleitung eine föderativ oder eine zentralistisch aufgebaute Organisation vertrete. Die Sozialdemokratie Sachsens sei föderativ aufgebaut. Gleichwohl habe sie Vorzüge getroffen, daß die landespolitischen Angelegenheiten zentral geregelt werden können. Seien demnach schon irgendwelche Zweifel über die Rechtmäßigkeit des Volksbegehrens ausgeschlossen, dann würden sie völlig behoben durch den Beschluß des Landesarbeitsausschusses in seiner Sitzung vom 5. Januar, der die Einreichung des Volksbegehrens gestillt habe. Endlich habe auch der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie den Beschluß des Landesarbeitsausschusses gebilligt. Der Umstand, daß die sächsische Sozialdemokratische Partei nur ein Glied der sozialdemokratischen Gesamtpartei sei, komme hinsichtlich des Volksbegehrens nicht in Betracht. Dies sei eine sächsische Angelegenheit und die sächsische Regierung habe sich in ihren Entscheidungen danach zu richten, welcher Wille in einer Organisation

Wissenschaft · Kunst · Literatur

Ein Röntgen-Gedächtniszimmer ist im Physikalien Institut der Universität Würzburg, in dem der große Gelehrte seine epochenmachende Entdeckung fand, eingerichtet worden. Wie in den „Mitteilungen der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte“ berichtet wird, ist es das frühere Arbeitszimmer Röntgens, in dem ein großer Teil seiner Originalapparate aufgestellt ist, die fast alle von seiner Hand gefertigt und bei den ausschlaggebenden Versuchen benutzt wurden. Da finden sich die ersten Röntgenröhren, die Originalphotographien, die zur Entdeckung der Strahlen führten usw. Ein besonderer Schrank enthält alle die Ehrenurkunden, die Röntgen von den verschiedensten Akademien und der Nobelpreisung erhielt. Als einzige Original-Handschrift ist die Niederschrift seiner Entdeckungsarbeit vorhanden. Der Raum ist mit Röntgens Büchern von Hüldebrandt geschmückt. Neben seinem Arbeitstisch befindet sich ein Teil seiner Bibliothek, die vor allem die vollständige Sammlung der Sonderdrucke über seine Entdeckung enthält. Von seinem Leben erzählen zahlreiche Photographien.

Ein neuer akademischer Grad. Dieser Tage wurde die neue Verfassung der Handelshochschule Berlin vom preussischen Minister für Handel und Gewerbe genehmigt. Eine der wichtigsten Bestimmungen dieser neuen Verfassung ist, daß auf Grund der Prüfung der Grad eines Diplom-Kaufmanns bzw. eines Diplom-Handelslehrers verliehen wird. Die unmittelbar bevorstehende Studienreform der preussischen Handelshochschulen, die eine Studienverlängerung sowie völlige Gleichstellung des kaufmännischen Diploms mit dem volkswirtschaftlichen Vorrecht, stellt die Handelshochschulen mit den Universitäten auf gleiche Stufe.

Kleine Nachrichten

Ueber evangelisches Pressewesen liest Prof. D. Dehmann an der Berliner Universität. Zum ersten Male erscheint damit, soweit uns bekannt, die evangelische Presse im akademischen Vortragsplan. Residenz-Theater Dresden. Spielplan vom 2.-11. Febr. 1924. Täglich abends 7 1/2 Uhr „Midi“, Sonntags, Mittwoch und Sonnabend nachm. 4 1/2 Uhr „Der von Ruffinador“.

innerhalb des Landes vorhanden sei. Jetzt fordert vom Gesamtministerium, daß es das Volksbegehren nunmehr ordnungsgemäß in den gesetzlich vorgeschriebenen Fristen vornehme.

Dr. Luther über die dritte Steuernotverordnung.

Berlin, 1. Febr. Reichsfinanzminister Dr. Luther äußerte sich gestern vor Pressevertretern über die dritte Steuernotverordnung. Er erklärte, sie sei dazu bestimmt, ein Loch von 600 Millionen Goldmark auszufüllen. Sie habe schleunigst erlassen werden müssen, da der gesamte Kreditverkehr des Reiches stockt. Die Aufwertung habe wie ein Damoklesschwert über allen Verhandlungen gehängt. Die 2 Proz. bzw. die 12 Proz., die sich aus den Obligationen ergeben und teilweise schon am 1. März zu fließen beginnen, seien geradezu unerlässlich für die Bilanzierung des Haushaltes. Vor allen Dingen habe aber auch bei der Regelung des Finanzgleiches zwischen Reich und Ländern ein Erfolg für die bisher ausschließlich vom Reich gezahlten Gehälter geschaffen werden müssen. Die Ersparnisse der aufgewerteten Beträge gedanke man bis über die nächste Ernte hinauszuschieben. Seien die Hypotheken zurückgezahlt, so komme nach § 1, 2 eine Aufwertung nicht mehr in Frage. Ausgeschlossen seien ferner Hypotheken mit Entwertungsklauseln und solche, die bereits durch gerichtliches Urteil erledigt sind. Besonders unübersichtlich wäre die Lage bei den Hypothekenbanken, da man noch nicht wisse, wie viel sie durch die Aufwertung wieder herein bekommen. Als Schutz gegen die Spekulation sollen nur diejenigen Pfandbriefbesitzer, die seit dem 1. Januar 1919 ihre Stücke in Händen haben, Aufwertungsempfänger sein, außerdem Ründel. Eine besonders schwierige Frage bilden die Wechselkredite. Wichtiges Ziel sei die Belebung des Baumarktes. Durch den Geldwertungsungleich soll den Gemeinden Gelegenheit gegeben werden, sicher zu gehen. Dann würden sie aus eigenem Interesse auch die Bautätigkeit in ihrem Gebiet fördern. Bei Häusern, die mit Zuschüssen öffentlicher Körperschaften gebaut sind, sollen bis zu 40 Proz. der zugehörigen Zuschüsse ersetzt werden. Das Reich soll davon zwei- und letztellige Hypotheken geben, um auch auf diese Weise zum Bauen anzuregen.

Achtstundentag und Reparationen.

Debatte im Internationalen Arbeitsamt. Im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu Genf kam es anlässlich des Antrags der Arbeitnehmergruppe, die eine baldige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag fordert, zu einer längeren Debatte über die Arbeitszeit in Deutschland und ihre Begleitung zur Reparationsfrage. Der Vertreter der deutschen Regierung Dr. Feig und der deutsche Arbeitnehmervertreter Vogel legten dar, daß Deutschland keine andere Möglichkeit habe, sich wirtschaftlich wieder aufzurichten und Reparationen zu leisten, als Rehrarbeit. Dr. Feig betonte dabei aber den dringenden Wunsch der Reichsregierung, der auch in einer neuen Verordnung zum Ausdruck gebracht worden sei, den Grundtag des Achtstundentages aufrecht zu erhalten. Der deutsche, französische und englische Arbeitnehmervertreter bestreiten, daß die Verlängerung der Arbeitszeit die Produktion und Reparationsfähigkeit heben könne. Der deutsche Arbeitnehmervertreter Zelpari erklärte sich dabei ebenfalls ausdrücklich zu Reparationen bereit, forderte aber, daß sie nicht ausschließlich auf den Arbeitern lasten dürfen. Schließlich wurde ein Vermittlungsantrag des italienischen Regierungvertreter Michaels angenommen, der ohne besondere Erwähnung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag den Verwaltungsrat auffordert, die Ratifizierung aller internationalen Abkommen anzustreben.

Todesstrafe für Hochverräter beantragt.

Ein Antrag der deutschnationalen Fraktion an den Reichstag fordert reichsgesetzliche Festsetzung der Todesstrafe für Hochverrat in den besetzten Gebieten. Ein weiterer deutschnationaler Antrag verlangt Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, weil sein Dasein mit den übrigen Erparnissen auf dem Gebiet des Gerichtswesens nicht in Einklang stünde.

Dresdner Staatstheater. Opernhaus: Das Gastspiel des Tenoristen Björn Telen von der Berliner Staatsoper beginnt, wie bereits erwähnt, am 4. Februar mit „Cavalaire“ und Turiddu (Egil, Bauernebre). Der Künstler singt ferner am 6. Februar von „Die Götter“ und am 8. Februar den Nababes (Mida). — Schauspielhaus: „Robert und Bertram“ beginnt am Sonntag, den 3. Februar bereits um 7 Uhr abends. — Sonnabend, den 2. Februar hat „Der Biblischer“, „Femina“ (1/8 Uhr).

Neue Ehrendoktoren. Von der theologischen Fakultät der Universität Marburg wurde dem hiesigen Philosophieprofessor Geh. Regierungsrat Dr. phil. Paul Natop ebenfalls am Tage seines 70. Geburtstages die Würde eines Dr. theol. h. c. verliehen. — Von der Münchner Medizinischen Hochschule wurde Geh. Hofrat Prof. Dr. phil. August Höppl, Ordinarius für technische Physik ebenda, anlässlich seines 70. Geburtstages zum Ehrendoktor ernannt.

Bergius Grad. Wie aus Rom gemeldet wird, hat die italienische Regierung das gänzlich vernachlässigte Grad des berühmten römischen Dichters Vergilius angekauft. Sie läßt es wiederherstellen und mit Lorbeer, Rosen und Myrten zu einem Gedächtniszimmer umgestalten. Dazu ist zu bemerken, daß das Grab Vergilius am Posillipo bei Neapel gezeigt wird. Ob der Dichter aber wirklich hier begraben liegt, weiß kein Mensch, weil sich das niemals mit Sicherheit feststellen ließ.

Forscher und Diplomat. Zum bulgarischen Gesandten in Berlin wurde kürzlich Prof. Dr. R. Popow ernannt. Popow ist Professor an der Universität von Sofia und ein hervorragender Biologe, der aussehenerregende Untersuchungen über die Steigerung des Ernteertrages durch Reizmittel vorgenommen hat. Es ist ihm gelungen, durch solche Mittel den Ernteertrag von Getreide, Hafer, Weizen und Mais, sowie von Tabak und Baumwolle um 50 % und mehr zu steigern. Die grundlegenden Gedanken Popows verpreden auch in anderer Richtung für Wissenschaft und Praxis von Bedeutung zu werden.

Kombinierter Nordpolfahrt. Amundsen Mitarbeiter, A. Hakon Hammer, hat eine Reise nach Amerika angetreten. Bekanntlich plant auch die amerikanische Marine für diesen Sommer eine Flugzeugexpedition quer über den Nordpol. Hammer wird nun mit den amerikanischen Marinebehörden konsultieren, um es besteht die Absicht, ein Zusammenarbeiten der beiden Expeditionen zu ermöglichen. Erwähnt sei noch, daß Amundsen und Hammer für ihr Unternehmen das Schiff „Deutschland“ angekauft haben, das in Norwegen gebaut und vor dem Krieg für eine deutsche Expeditionsreise erworben wurde. Die „Deutschland“, die zuletzt in italienischem Besitz war, hat bei seiner Südpolexpedition ungefähr ein Jahr lang im Eise festgelesen und sich damals als besonders widerstandsfähig erwiesen.

Verurteilte Amerikaner begnadigt.

Wiederholt ist von den Vereinigten Staaten die Reichsregierung gebeten worden, die Freilassung des wegen des Überfalls auf den amerikanischen Deserteur Vergdall auf babilonischem Staatsgebiet verurteilten amerikanischen Leutnants Griffith und seiner Mitläufer vorzunehmen. In letzter Zeit hat auch das amerikanische Hilfskomitee für Deutschland sich dieserhalb an den Reichspräsidenten gewandt. Die Reichsregierung ist daraufhin wegen Begnadigung des Griffith und seiner Mitläufer an die babilonische Regierung herantreten, welche die Freilassung jetzt versagt hat.

Preussische Stempelsteuer nach Goldwert.

Die im preussischen Stempelsteuergesetz nach der abgeänderten Fassung vorgeschriebenen Poststempel gelten künftig als Goldmarkbeiträge. Der Mindestsatz der Stempelsteuer beträgt künftig 50 Goldpennige, die allgemeine Freigrenze für Urkunden über nach Geld schätzbare Gegenstände 150 Goldmark. Vom 1. Februar ab werden werbefähige, auf Goldmark lautende Stempelmarken ausgegeben. Die bisherigen, auf Papiermark lautenden Stempelzeichen können unter der Voraussetzung, daß der amtliche Goldumrechnungssatz unverändert bleibt, noch bis zum 29. Februar unter Umrechnung des Nennwertes in Gold verwendet werden.

Der neue japanische Botschafter in Berlin

Berlin, 31. Jan. Wie die M. erfährt, trifft der neue japanische Botschafter Dr. Honda in Begleitung seines Sohnes und des 2. Sekretärs der japanischen Botschaft Dr. Ohata am 6. Februar in Berlin ein. Der neue Botschafter gilt als einer der beständigsten japanischen Diplomaten. Der gegenwärtige Geschäftsführer Dr. Ohno, der als hervorragender Wirtschaftler bekannt ist, wird dem neuen Botschafter weiterhin als Botschaftsrat zur Seite stehen.

Ein polnischer Sparkommissar.

Warschau, 31. Jan. Der Ministerrat beschloß, dem Finanzministerium einen außerordentlichen Kommissar zur Überwachung des staatlichen und öffentlichen Kreditwesens sowie zur Durchführung von Sparmaßnahmen beizugeben.

Das Wiedererscheinen der royalistischen Blätter in Griechenland beschlossen.

Paris, 31. Jan. Nach einer Meldung aus Athen hat die griechische Kammer gestern mit 208 gegen 59 Stimmen das Wiedererscheinen der royalistischen Blätter beschlossen. Der Justizminister erklärte, die Regierung wolle der Abstimmung die größte Bedeutung bei.

Kurze politische Mitteilungen

Von Verringerung der Besatzungstruppen keine Spur. Berlin, 31. Januar. Die an gut unterrichteter Stelle vorliegenden Nachrichten über die Stärke der fremden Besatzungstruppen erbringen den Beweis, daß von einer Verringerung der Truppen nicht gesprochen werden kann. Vor der Ruhrbesetzung besaßen sich im Rheinland 96 000 Franzosen, 13 500 Belgier und 11 000 Engländer. Heute befinden sich im Rheinland 103 000 Franzosen, 17 000 Belgier und 11 000 Engländer und im Ruhrgebiet 40 000 Franzosen und 5 000 Belgier, also insgesamt im besetzten Gebiet 143 000 Franzosen, 22 000 Belgier und 11 000 Engländer. Die Anzahl der Franzosen und Belgier beträgt ein Fünftel der stehenden Armeen Frankreichs und Belgiens. In den Truppen kommen außerdem noch die Beamten der Regie und die Familienangehörigen der Truppen und der Regierungsbeamten hinzu.

Die Justizreform vor dem Rechtsausschuß. Berlin, 31. Januar. Der Rechtsausschuß des Reichstages befaßte sich heute mit der Verordnung der Vereinfachung des Rechtswesens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. Reichsjustizminister Canninger betonte, die Vorlage bewirke eine Vereinfachung und Verbilligung des Verfahrens, um eine bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte von Richtern und Anwälten zu ermöglichen.

Die Klasse der Reichstagsabgeordneten. Berlin, 31. Januar. Ein Ausschuß des Reichstages, der unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Söbe die Möglichkeit von Erparnissen im Reichstage prüft, beschäftigte sich auch mit einem Ersuchen des Reichsfinanzministers, nach dem die Abgeordneten auf die Freifahrt in der ersten Wagenklasse verzichten sollten. Dies haben alle Parteien abgelehnt; sie erklärten sich zwar einverstanden mit einer Befreiung der ersten Wagenklasse, glaubten aber, solange diese besteht, auf das Recht zu ihrer Benutzung nicht verzichten zu können.

Widmung des Schwarzwaldes. Breslau, 31. Januar. Paul Spaethe, Schwarzwaldler in Breslau, der im Laufe der letzten acht Jahre in Deutschland 45 Verbrecher hingerichtet hat, hat sich gestern aus Gram über den Tod seiner Frau selbst gerichtet, indem er sich eine Kugel in den Kopf schob.

Das bayerische Landtagswahlgesetz. München, 31. Januar. Im Landtag fand bei der Abstimmung über den Gesetzesentwurf für Änderung des Landtagswahlgesetzes der grundlegende Artikel 3 des Regierungsentwurfes, der die Zahl der gewählten Abgeordneten auf 99 festsetzen wollte, nicht die erforderliche Mehrheit. Er ist daher abgelehnt. Darauf wurde der Eventualantrag des Besatzungsausschusses, die Zahl der gewählten Abgeordneten auf 113 festzusetzen, wozu noch 15 Landesabgeordnete kommen, einstimmig angenommen. Im übrigen fand das Gesetz in namentlicher Abstimmung Annahme.

Belgische Ruhrgefangene. Essen, 31. Januar. Die von den belgischen Kriegsverurteilten wegen Schmutz verurteilten Deutschen aus dem Ruhrgebiet, die in Löwen gefangen gehalten werden, sollen in Zukunft, wie der belgische Justizminister dem Reichsanwalt Grimm in Essen mitgeteilt hat, als politische Gefangene behandelt werden, während sie bisher als gemeine Verbrecher betrachtet wurden. Reichsanwalt Grimm, auf dessen Antrag diese Verordnung des belgischen Justizministers erlassen worden ist, hat einen gleichen Antrag hinsichtlich der in französischer Haft befindlichen Ruhrgefangenen seinerzeit auch mündlich dem Ministerpräsidenten Poincaré unterbreitet. Eine Entscheidung ist in diesem Falle aber noch nicht getroffen worden.

Macdonalds Nobelpreisandidat. London, 31. Januar. In einer u. a. von dem Ministerpräsidenten Macdonald und dem Minister Henderson unterschriebenen, an das norwegische Nobelpreiskomitee gerichteten Denkschrift ist der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Moxel, der sich während des Weltkrieges immer wieder für den Frieden einsetzte, für den diesjährigen Friedenspreis der Nobelpremie empfohlen worden.